

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB
zum Ergebnis des NATO-
Gipfels: Rolle der Atomwaf-
fen wird gesteigert.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
und Ludwig Stiegler MdB
zum WAA-Baustop: Jetzt zü-
gig ein Entsorgungskonzept
erarbeiten.

Seite 3

Margitta Terborg MdB zu
einem bevorstehenden Be-
such der Volksrepublik Po-
len: Reise in ein unruhiges
Land.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB
zum Wandel der Position in
Oppositions- und Regierungs-
zeiten: Was gelten die Worte
der Unions-Wohnungspoliti-
ker?

Seite 5

Horst Niggemeier MdB zur
Auseinandersetzung um die
deutsche Kohle und das
Ozon-Loch: Energiepoliti-
scher Realismus ist geboten.

Seite 6

44. Jahrgang / 101

31. Mai 1989

Ergebnis des NATO-Gipfels: Rolle der Atomwaffen wird gesteigert

Der Vorrang konventioneller vor atomaren Abrüstungsverhandlungen birgt die Gefahr einer gesteigerten Atomrüstung in den 90er Jahren.

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle
der SPD-Bundestagsfraktion

In der allgemeinen Erleichterung über das Ergebnis des NATO-Gipfels und in der Überbetonung des vermeintlichen Verhandlungserfolges der Bundesregierung, darf nicht übersehen werden, welche Probleme dieses Ergebnis im Zusammenhang mit der atomaren Rüstung in den 90er Jahren aufwerfen kann.

Gerade in Bezug auf die Atomwaffen kann von einem Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle nicht einmal in Umrissen die Rede sein. Dies liegt nicht nur daran, daß die Bundesregierung in wesentlichen Punkten sich nicht durchsetzen konnte, sondern auch daran, daß sie selbst mit verkürzten und unschlüssigen Zielvorstellungen - ebenso wie die anderen NATO-Partner - auftrat:

- Das Ziel einer Null-Lösung bei Kurzstreckenraketen konnte schon deshalb nicht durchgesetzt werden, weil dieses Ziel von der Bundesregierung nicht vertreten wurde - zu groß sind die Widerstände in den Reihen der Bundesregierung gegen einen solchen Ansatz.
- Unzulänglich ist, daß auch von deutscher Seite allein über die Kurzstreckenraketen gesprochen wurde. Das Problem der Neu-Rüstung atomarer Marschflugkörper auf Schiffen und atomarer Raketen auf Flugzeugen, womit der Abrüstungsvertrag bei landgestützten Mittelstreckenraketen unterlaufen wird, blieb ausgeklammert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortung
übernimmt
Kreuzing-Papier



- Unzulänglich ist, daß zu darüber hinausgehenden Problemen (vor allem den gerade begonnenen Rüstungswettlauf bei Anti-Satelliten-Waffen und expandierender atomarer See-Rüstung) so getan wird, als seien diese nicht da - als ginge dies die NATO, in deren Reihen dies geschieht, nichts an.

Das Ergebnis des NATO-Gipfels deutet auf ein ganz neues Problem hin, das zum zentralen Gefahrenpunkt des Ost-West-Verhältnisses und der Welt-Rüstung in den 90er Jahren werden kann. Was sich nämlich durchgesetzt hat, ist - statt p a r a l l e l e r Bemühungen um konventionelle und atomare Abrüstung - der Vorrang von konventioneller Abrüstung. Die Folge ist, daß in der Zeit einer konventionellen Rüstungsminderung die atomare Rüstung nicht nur weitergeht, sondern qualitativ ausgebaut wird.

Die daraus abzuleitende Gefahr ist, daß die Rolle der Atomwaffen an Bedeutung gewinnt und sich der Schwerpunkt militärstrategischen Denkens noch mehr auf Atomwaffen verlagert. Je mehr man sich aber gedanklich und waffentechnisch abhängig macht von Atomwaffen, desto prekärer droht das Problem atomarer Instabilität im europäischen wie im globalen Maßstab zu werden.

Der Vorrang von konventioneller Rüstungsreduzierung wird jetzt als Vorstufe einer möglichen atomaren Abrüstung in der Zukunft hingestellt. Doch der zeitliche Aufschub der Verhandlungen über atomare Kurzstreckenraketen, die Ablehnung weiterer Null-Lösungen und das generelle Ausklammern weiterer atomarer Waffenkategorien aus dem Abrüstungskatalog kann aber genau das Gegenteil bedeuten; eine Vorstufe zu gesteigertem atomaren Wettrüsten in den 90er Jahren. Die fundamentale Bedeutung paralleler Verhandlungen über atomare und konventionelle Waffen ist nicht erkannt worden.

Um eine Atomrüstung in den 90er Jahren zu verhindern, bleibt es dabei: eine breite politische Kampagne für parallele Verhandlungen über konventionelle und atomare Abrüstung bleibt notwendig - nicht nur in der Bundesrepublik.

(-/31.5.1989/va-he/rs)

* * *

Jetzt zügig ein Entsorgungskonzept erarbeiten

Zum WAA-Baustop

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD und
Ludwig Stiegler MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Die bayerische SPD begrüßt den Baustop in Wackersdorf als späten Schritt in die richtige Richtung.

Der größte Schwarzbau in der Geschichte der Bundesrepublik verschwindet damit endgültig im Milliardengrab im Taxöldner Forst, auch wenn die konservativen Regierungen in Bonn und München noch zögern, dieses politisch zu schließen.

Die im DWK-Verzicht zum Ausdruck kommende späte ökonomische Vernunft des großen Geldes muß aber selbst die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung veranlassen, ihre politische Unvernunft zu überwinden und endlich das endgültige Aus für eine WAA Wackersdorf zu sprechen.

Die Bundesregierung ist jetzt gefordert, zügig ein Entsorgungskonzept zu erarbeiten, das nicht auf einer europäischen Wiederaufarbeitung beruht, sondern nach einer Änderung des Atomgesetzes die abgebrannten Brennstäbe einer direkten Endlagerung zuführt.

Nicht minder wichtig ist jetzt auch eine Strukturpolitik, die für die mittlere Oberpfalz zukunfts-sichere Arbeitsplätze schafft. Diese liegen nach Auffassung der SPD Bayern im Bereich der alternativen Energieversorgung sowie der Umwelttechnologien.

Die bayerischen Sozialdemokraten beglückwünschen Landrat Hans Schuierer und die Bürgerinitiativen gegen eine WAA Wackersdorf. Nicht zuletzt durch ihr großes Engagement im WAA-Widerstand ist die sich abzeichnende Entwicklung möglich geworden.

(-/31.5.1989/rs/ks)

* * *

Reise in ein unruhiges Land

Zu einem bevorstehenden Besuch der Volksrepublik Polen

Von Margitta Terborg MdB

Es ist zwar alles von langer Hand vorbereitet - aber besser hätte man den Termin für eine Reise des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion nicht legen können: Vom 2. bis 11. Juni werden zwölf Bundestagsabgeordnete, fünf „Ehemalige“ und einige Fraktionsmitarbeiter Polen besuchen. Diese Visite, sie findet in der Regel einmal jährlich statt, verspricht in diesem Jahr besonders interessant zu werden. Am 4. Juni wird sich unsere Gruppe in Warschau befinden und damit Augen- und Ohrenzeuge des nächsten Schritts zur Demokratie werden, den Sejm-Wahlen. Wir besuchen Wahllokale und sind am Abend Gäste unsres Botschafters bei einer Wahlparty.

An politischen Terminen, über dieses Ergebnis hinaus, ist kein Mangel. Besuche in Poznan (Posen), Graudenz und Lodz werden die ersten Stationen sein. In Warschau ein dichtes Programm: Kontakte mit dem Chef der Sejm-Kanzlei, mit ZK-Mitgliedern der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, mit Industrieminister Wilczek, mit Kirchenvertretern und deutsch-polnischen Gesellschaften, Gespräche mit den Wojewoden der besuchten Gebiete (Wroclaw/Breslau gehört auch dazu) sind vorgesehen. Des Kriegsausbruchs vor 50 Jahren wird unsere Gruppe mit einer Kranzniederlegung am Nike-Denkmal in Warschau gedenken, außerdem wird sie den jüdischen Friedhof in Wroclaw besuchen und den dort begrabenen Gründer der SPD, Ferdinand Lassalle mit einer Kranzniederlegung ehren. Betriebsbesuche und Informationen über das Gesundheitswesen sind fest eingeplant.

Daß Polen den Aufbruch in neue demokratische Verhaltensweisen versucht, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Es ist sicher mehr als nützlich, vor Ort einmal mitzuerleben, ob und wie die ersten Gehversuche verlaufen. Und es ist ohnehin unerlässlich, die Versuche, die wirtschaftliche Dauerkrise des Landes zu bewältigen, anhand der Veränderungen über die Jahre hinweg nachzuvollziehen.

Unsere Gastgeber können der kritischen Sympathie unserer Gruppe gewiß sein. Wer über die Jahre hinweg den polnischen Versuch eines eigenen Weges - mit all seinen Rückschlägen und kleinen Verbesserungen - miterleben darf, der kann diesem Volk seinen Respekt nicht versagen. Und der wird eine solche Reise nutzen, um anschließend um noch mehr Verständnis in der Bundesrepublik für die Anliegen und Sorgen unserer polnischen Nachbarn zu werben.

Der Bundespräsident wartet, der Bundeskanzler ist noch in Abstimmungsprozessen mit der polnischen Regierung wegen seines Besuchs. Wir fahren. Nicht weil uns wieder einmal das Reisefieber gepackt hätte, sondern weil wir es für unerlässlich halten, in regelmäßigen Parlamentskontakten zu erkunden, wie man einander helfen kann und was im Interesse des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen beiden Ländern sofort angeschoben werden müßte.

Auch dieser Reise sind sorgfältige Vorgespräche vorausgegangen. Unser Reiseleiter Helmut Becker ist sicher, mit seiner Gruppe wieder einen nützlichen Beitrag im noch lange andauernden Prozeß der Normalisierung und der Verständigung leisten zu können. (-/31.5.1989/vo-he/rs)

Was gelten die Worte der Unions-Wohnungspolitiker?

Zum Wandel der Position in Oppositions- und Regierungszeiten

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In der Wohnungspolitik gibt es - trotz des kürzlichen Ministerwechsels - eine relativ große personelle Kontinuität. Im Regierungslager hapert es aber mit der Kontinuität der Äußerungen. Das gilt vor allem für die Wohnungspolitiker, die 1982 von der Opposition in die Regierung gewechselt sind.

Sie haben in bedenklich vielen Fällen ihre Positionen nicht umgesetzt und ihre eigenen Oppositionsanträge nicht ernst genommen.

Ein Beispiel: Die Oppositionspolitiker Dr. Schneider und Dr. Jahn haben vor der Wende das Recht des Wohnungsbaus und der Städtebauförderung immer wieder als zersplittert bezeichnet und im Deutschen Bundestag den Antrag eingebracht, daß die Regierung ein Gesetz vorlegen möge, das „diese Vorschriften einheitlich und für die Betroffenen verständlich und übersichtlich in einem dritten Wohnungsbaugesetz zusammenfaßt.“

Als sie an die Regierung kamen, haben sie sich daran nicht gehalten. Das geforderte Gesetz gibt es immer noch nicht und ihre Regierung erklärt heute dazu:

„Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der das geltende Recht der Wohnungs- und Städtebauförderung sowie der Wohnungsmodernisierung bereinigt und zusammenfaßt. Die Voraussetzungen und Bedingungen der Förderung des Wohnungs- und Städtebaus sind so unterschiedlich, daß es nicht zweckmäßig erscheint, sie in einem einzigen Gesetz zu regeln.“

Solche Beispiele gibt es in Hülle und Fülle.

Das ärgerliche daran ist nicht nur, daß CDU/CSU eine schlechte Regierungspolitik betreiben, sondern daß sie auch noch nachweisen, daß sie eine unseriöse Opposition gewesen sind.

Wir müssen uns deshalb nicht nur von einer schlechten Regierung, sondern auch von einer ehemaligen unseriösen Opposition abgrenzen.

(-/31.5.1989/rs/ks)

* * *

Energiepolitischer Realismus ist geboten

Zur Auseinandersetzung um die deutsche Kohle und das Ozon-Loch

Von Horst Niggemeier MdB

Die vermehrt zu hörenden Forderungen nach einem „Energieszenario für die EG“ mit dem Ziel, den Ausstieg aus der Kernenergie ebenso zu bewerkstelligen wie die Verminderung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre zu erreichen - wie es jetzt der SPD-Europa-Parlamentarier Rolf Linkohr erneut bei der EG-Kommission angemahnt hat - drohen im Endeffekt auf eine dramatische Veränderung in der Kohlestromerzeugung hinauszulaufen.

Noch wird nicht mit letzter brutaler Offenheit davon gesprochen, daß die Kohlekraftwerke ihren Betrieb eigentlich sofort einstellen sollen, aber alle bisherigen Veröffentlichungen und Forderungen zur Verminderung der CO₂-Belastungen der Atmosphäre durchzieht unter anderem auch der ausdrückliche Hinweis auf die CO₂-Emissionen aus den Kohlekraftwerken.

Es gibt den begründeten Verdacht, daß hier eine neue politische Schlachtordnung aufgebaut wird, mit der die Verstromung deutscher Braun- und Steinkohle nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch aus umweltpolitischer Sicht letztlich auf Null gebracht werden soll.

Abgesehen von den dadurch zu erwartenden kohlepolitischen Unsicherheiten wird es dabei auch zu exotischen Koalitionen kommen, deren politische und eurogeographische Heterogenität nur noch mit einer „bunten Mischung“ aus dem Krämerladen gleichzusetzen ist.

Da es eine sehr verwegene Annahme wäre, davon auszugehen, daß der französische Sozialist Francois Mitterrand und die britische Konservative Maggie Thatcher aus ihrer Kernenergieerzeugung mit schnellen Schritten aussteigen werden, liegt die Vermutung nahe, daß die geforderten „Energieszenarios für die EG“ den Ausstieg aus der Kohleverstromung als eine erste Maßnahme empfehlen werden. Das wird dann nach dem einfachen Strickmuster gehen, daß zunächst einmal der Rasende See sein Opfer haben soll. Und danach wird man weitersehen.

Es hat wohl keinen Sinn, diese der deutschen Kohle latent drohenden Gefahren noch länger zu verschweigen. Die noch mit verdeckten Formeln operierenden Kohlegegner werden schon bald den populären CO₂-Hammer schwingen, um den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu erreichen. Mitterrand und Thatcher können dieser Entwicklung mit zufriedener Gelassenheit zusehen, denn die Chancen ihres Kernenergieabsatzes außerhalb ihrer Staaten werden dadurch mit Sicherheit nicht vermindert. Die Ironie des Schicksals will es, daß der vom CO₂ bestimmte Abschied aus der Kohleverstromung genau jene politischen Kräfte in Verlegenheit bringt, die auch aus der Kernenergie aussteigen wollen. Der Industriegigant Europa wird ohne Kohlestrom mehr denn je an Kernenergie zur Sicherung der Stromversorgung in Anspruch nehmen müssen - allen Ausstiegsbeschlüssen zum Trotz.

Zum energiepolitischen Realismus sollte die Erkenntnis gehören, daß es in Europa sobald keine Stromversorgung ohne Kohle- und Kernkraftwerke geben wird. Da nutzen auch keine Forderungen nach Energieszenarien der EG-Kommission, denn auch ihr wird die Auflösung der Quadratur des Kreises nicht gelingen. In irgendwelchen Kraftwerken müssen ja wohl die Strommengen erzeugt werden, die man im bevölkerungs- und industriestarken Europa benötigt.

Die vorrangige aktuelle Aufgabe ist und bleibt es deshalb für die Bundesrepublik, durch eine national abgestützte Kohlepolitik dafür zu sorgen, daß es ein Europa mit und nicht ohne Verstromung von Gemeinschaftskohle gibt.

(-/31.5.1989/vo-he/rs)

* * *